



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Aidshilfe

Aktuell seit 29.06.2026 23:48:38

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002264
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Wilhelmstraße 138 10963 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493069008787 E-Mail-Adressen: geschaeftsfuehrung@dah.aidshilfe.de Webseiten: www.aidshilfe.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sylvia Urban**

Funktion: Vorstand

2. **Sven Warminsky**

Funktion: Vorstand

3. **Winfried Holz**

Funktion: Vorstand

Tätigkeit bis 04/26:

Leiter des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

Verwaltung des Deutschen Bundestages

4. **Ulf-Arne Kristal**

Funktion: Vorstand

5. **Stefan Miller**

Funktion: Vorstand

6. **Silke Klumb**

Funktion: Geschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Holger Wicht**

2. **Sylvia Urban**

3. **Sven Warminsky**

4. **Winfried Holz**

Tätigkeit bis 04/26:

Leiter des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

Verwaltung des Deutschen Bundestages

5. **Ulf-Arne Kristal**

6. **Stefan Miller**

7. **Silke Klumb**

Gesamtzahl der Mitglieder:

108 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
2. Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe
3. Deutscher Hospiz- und Palliativverband
4. Aktionsbündnis gegen AIDS
5. Bundesvereinigung Prävention

6. Bundesinitiative Schwule Senioren (BISS e.V.)
7. DJH Hauptverband
8. Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung e. v.
9. akzept e. V.
10. Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
11. Deutscher Behindertenrat

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Diversitätspolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Krankenversicherung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wir verfolgen strukturelle Prävention (Verhaltens- und Verhältnisprävention) in den Bereichen HIV /STI/Hepatitis, sexuelle Gesundheit und Gesundheitsförderung für Menschen aus unseren Schlüsselgruppen. Wir vertreten die Interessen von Menschen mit HIV/Aids und der Menschen aus den Schlüsselgruppen in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Politik, Wissenschaft und medizinischer Forschung.

Wir fördern die Meinungsbildungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu allen Themenfeldern (z. B. Gesundheitspolitik, Antidiskriminierungsarbeit, Drogenpolitik) unseres Arbeitsbereiches durch Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe von Publikationen, Pressemitteilungen, parlamentarischen Veranstaltungen, unseren Webseiten, Beteiligung an parlamentarischen Anhörungen, öffentlichen und nicht-öffentlichen Briefen sowie Einzelgesprächen mit Bundestagsabgeordneten.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Streichung § 87 AufenthG (Übermittlung an Ausländerbehörden)

Beschreibung:

Ersatzlose Streichung des §87 AufenthG, der die Übermittlungspflicht an Ausländerbehörden beinhaltet, da die geltende Übermittlungspflicht Menschen daran hindert, medizinische Versorgung aufzusuchen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406220036 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Freiwilligkeit und Stärkung der Persönlichkeitsrechte bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Die Selbstbestimmung und Freiwilligkeit sind in der aktuellen Gestaltung des Gesetzes für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen nicht gegeben. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Es dürfen ausschließlich regelbasierte Systeme zum Einsatz kommen bei der Ersteinschätzung, um die Gefahr von Missbrauch persönlicher Gesundheitsdaten zu reduzieren. Für die Sekundärdatennutzung fordern wir unabhängige Gutachten und transparente Sicherheitsprüfungen.

Außerdem ist ein unabhängiges Kontrollgremium unabdingbar, an dem Patient*innenvertreter*innen beteiligt sind.

Referentenentwurf:

Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.05.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Ergänzung Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz zum Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

Beschreibung:

Erweiterung des Artikel 3 Grundgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität bzw. Orientierung. Dafür sollen sowohl die genannten Merkmale explizit im Grundgesetz als Schutzgrund genannt werden. Wir setzen uns dafür in Gesprächen mit Mitgliedern des Parlaments ein.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Absenkung der Zugangskriterien zu Diamorphin gestützter Substitution

Beschreibung:

Änderung §5a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV): Absenkung der Zugangskriterien für die Patient*innen durch Anpassung Satz 1, Ausweitung der Versorgung mit Diamorphin durch Erweiterung der Sätze 2 bis 5.

Betroffenes geltendes Recht:

[BtMVV 1998 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#);
Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Überarbeitung ProstSchG nach erfolgter Evaluation und auf Grundlage der Studie "Sexuelle Gesundheit und HIV/STI-Präventionsbedarfe von Sexarbeitenden"

Beschreibung:

Um das Ziel des Schutzes für Prostituierte zu erreichen, muss das ProstSchG auf Grundlage der Studienergebnisse der Studie "Sexuelle Gesundheit und HIV/STI-Präventionsbedarfe von Sexarbeitenden" und der Evaluationsergebnisse überarbeitet werden. Ein Sexkaufverbot würde die Arbeitsbedingungen und die gesundheitliche Situation von Menschen in der Sexarbeit extrem verschlechtern und soll daher verhindert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[ProstSchG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#);
Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406220037 \(PDF - 102 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2409270009 \(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz reformieren

Beschreibung:

Veränderung des Gesetzentwurfs durch Streichung des Begriffs Rasse, Einführung der gleichen Behandlung der Merkmale Behinderung, rassistischer und geschlechtlicher Diskriminierung

Referentenentwurf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 14.04.2026

1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)

2. Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu] (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

7. Überarbeitung des GKV Beitragssatzstabilisierungsgesetzentwurfs

Beschreibung:

§71 und §87d Sicherung der flächendeckenden, qualitätsgesicherten ambulanten Versorgung durch entsprechende Berücksichtigung der Vergütungen

Rücknahme der individuellen Zusatzbelastungen der Patient*innen durch Zuzahlungen, fehlende Kostenübernahmen für Mobilität, Nicht-Erstattung von Präventionsleistungen und Vorsorgeuntersuchungen

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606050010 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Globale Gesundheit stärken - nachhaltige Strukturen sichern (z.B. Förderung des GFATM und UNAIDS)

Beschreibung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Stärkung der globalen Gesundheit und die nachhaltige Sicherung der Strukturen einzusetzen und dafür u.a. die Förderung des GFATM und UNAIDS zu sichern und den Bedarfen anzupassen.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

9. Aktualisierung und Anpassung des Präventionsgesetzes

Beschreibung:

Eine Aktualisierung des Präventionsgesetzes ist dringend notwendig. Aufgenommen werden muss der Geltungsbereich virtuelle Welten. Die Kategorie Lebenswelten sollte überdacht werden, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen müssen in die Definition von Geltungsbereichen einbezogen werden. Die Finanzierung von Präventionsaktivitäten in allen Lebensbereichen muss vorgesehen werden. Der Zugang für Organisationen, die Präventionsarbeit anbieten, muss unabhängig von der Größe der Organisation allen möglich sein.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

1. Bundesministerium für Gesundheit

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 6.690.001 bis 6.700.000 Euro

HIV/STI-Prävention - zielgruppenspezifische Aufklärung

WAT-Kampagne

Projekt Let's talk about Sex - Prävention in der ärztlichen Praxis

Forschungsprojekt Sexuelle Gesundheit und HIV/STI in trans Communities

Projekt Konzeption, Umsetzung und Evaluation eines wissenschaftlichen Modellprojekts zur Durchführung deutschlandweiter qualitätsgesicherter Take-Home Naloxon Schulungen

NALTRAIN

Forschungsprojekt Prävention für Menschen in der Sexarbeit

2. Europäische Kommission

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 1.300.001 bis 1.310.000 Euro

EU Action Grant CORE-Projekt

EU Operating Grant for AIDS Action Europe

3. Verband der Ersatzkassen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Pauschalförderung nach SGB V § 20 c

4. DAK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Selbsthilfeaktivitäten der in Deutschland lebenden HIV-Communities im Rahmen eines Fachtages "Selbsthilfe im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels"

5. Techniker Krankenkasse

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Projekt "Förderung der sexuellen Bildung und Gesundheit in trans und nicht-binären Communities"

6. Staatsministerium für Gesundheit des Freistaats Bayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Das Projekt "s.a.m - mein Heimtest" wird nicht von der öffentlichen Hand des Bundes gefördert, da das Projekt im Bereich der föderalen Zuständigkeit auf Länderebene verortet wird. Das Projekt wird vom Gesundheitsministerium des Freistaats Bayern für die Koordination und Beteiligung von lokalen Aids-Organisationen des Freistaats am Projekt gefördert.

7. European Centre of Disease Control (ECDC)

Europäische Union

Stockholm

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

EMIS 2024 (European MSM Internet Survey) befragt wurden schwule Männer und andere MSM zu HIV und STI-Präventionsverhalten

Mehr Informationen unter www.emis-project.eu

8. Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK)

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Selbsthilfeaktivitäten der in Deutschland lebenden HIV-Communities mit dem Schwerpunkt des Lebens mit HIV im Alter

9. Kaufmännische Krankenkasse

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

AI_dshilfe partizipativ; Visionen, Chancen, Risiken und Anwendungsfällen von KI und Daten im Aidshilfe-Kontext

10. Barmer Ersatzkasse

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wuppertal

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Das Projekt „Initiierung und Stärkung von Selbsthilfeangeboten zur Ressourcenstärkung hinsichtlich psychischer Gesundheitsbelastungen bei LSBTIQ*" hat das Ziel der Stärkung von bereits in der Selbsthilfe engagierten LSBTIQ*-Personen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

110.001 bis 120.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Elton-John-Aids-Foundation

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

IT-Lösung zur Informations- und Beratungsunterstützung bei der Vermittlung an lokale medizinische und soziale Hilfsangebote für HIV-positive Ukrainerinnen und Ukrainer sowie für HIV-gefährdete Gruppen in Deutschland

2. GlaxoSmithKline Ltd

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Selbsthilfeaktivitäten der in Deutschland lebenden HIV-Communities im Rahmen von PositHiven Treffen

3. Dt. Gesellschaft f. Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Klinikpartnerschaften in Tadjikistan

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[672470-k-jau-2024-kurzform.pdf](#)